

B E R I C H T
über die
zur 19. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011
am Donnerstag, den 12.06.2008.

Sitzungsbeginn: 20:30 Uhr Sitzungsende: 21:50 Uhr

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Einführung und Verpflichtung eines nachrückende Beigeordneten;**
hier: Herr Helmut Paulsen, Ringweg 9, OT Niederweimar
10/13/2008/06-11
3. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;**
Bericht des Bürgermeisters
4. **Finanzierungsmodell für Straßenbaumaßnahmen**
20/5/2008/06-11
5. **Dorferneuerung Allna; hier:Feststellung des Gesamtinvestitionsrahmens**
durch die Investitionsbank Hessen
31/14/2008/06-11
6. **Straßenverkehrsanlage "Am roten Weg" im OT Niederweimar**
41/18/2008/2006-2011
7. **Änderung des Bebauungsplans Nr. 11.3 'Misch- und Gewerbegebiet**
Wenkbach'
Hier:Herausnahme von Ausgleichsflächen
60/4/2008/06-11
8. **2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 04.1 "Zur Hainbuche"**
mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes im OT Nesselbrunn
- Aufstellungsbeschluss § 2 Abs. 1 BauGB
41/93/2006/2006-2011
9. **Wahl von Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen;**
hier: **Aufstellung der Vorschlagslisten durch die Gemeindevertretung**
31/15/2008/06-11
10. **Prüfantrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Bürgerbusses**
11/13/2008/06-11
11. **Antrag der SPD-Fraktion bezüglich des Anbaus gentechnisch veränderter**
Pflanzen
11/11/2008/06-11
12. **Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Leerstandsregisters und eines**
Fachbeirates zur Abschwächung der Auswirkungen des demografischen
Wandels
11/12/2008/06-11

13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung für ein kommunales Netzwerk für ältere und alte Menschen

10/12/2008/06-11

14. Anfragen

15. Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.30 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung. Er begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Schriftführerin und die Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde.

Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren 26 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Er gratulierte folgenden Mitgliedern der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes nachträglich zum Geburtstag:

Otto Weimar, Lydia Schneider, Manfred Möller, Helmut Wenz, Stephan Wenz, Reiner Sauer, Hans Herbert Pletsch, Konrad Ammenhäuser, Reinhard Karber.

2. Einführung und Verpflichtung eines nachrückende Beigeordneten; hier: Herr Helmut Paulsen, Ringweg 9, OT Niederweimar

Drucksache: 10/13/2008/06-11

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verwies auf die der Einladung beigefügte Vorlage. Für den ausgeschiedenen Beigeordneten Rainer Tägl rücke nach dem gemeinsamen Wahlvorschlag der SPD und der FDP Herr Helmut Paulsen, Ringweg 9, Weimar OT Niederweimar, in den Gemeindevorstand nach. Da Herr Paulsen keine Erklärung über den Verzicht auf das Mandat abgegeben habe, erfolge, wie es die HGO vorschreibe, die Ernennung und Amtseinführung in öffentlicher Sitzung.

Bürgermeister Muth händigte Herrn Helmut Paulsen die Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten aus. Vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung wurde er in sein Amt unter Ableistung des Diensteides eingeführt.

Bürgermeister Muth beglückwünschte Herrn Paulsen und brachte den Wunsch auf eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**3. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;
Bericht des Bürgermeisters**

- a) Beschluss, die eingegangenen Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange bezüglich Bau eines Lebensmittelmarktes in Weimar OT Niederweimar zur Beratung und Beschlussfassung an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss und GMV weiterzuleiten.

- b) Beschluss, der Gesamtschule Niederwalgern zu den Kosten des Besuches einer Schülergruppe aus der polnischen Partnergemeinde Slupca einen Zuschuss in Höhe von 200,-- € zu gewähren.
- c) Beschluss, die Fläche in der Gemarkung Wenkbach, Flur 2, Flurstück 252/15 in einer Größe von 299 m² mit der Auflage zu veräußern, dass die Nutzung der Zufahrt zur kath. Kirche grundbuchlich gesichert wird.
- d) Beschluss, bezügl. Erteilung einer Erlaubnis zur Versteigerung fremder beweglicher Sachen, fremder Grundstücke oder fremder Rechte gemäß § 34 b) Abs. 1 GEWO die Höhe der Gebühr für die Erteilung einer Erlaubnis auf 1.000,-- € festzusetzen.
- e) Beschluss, die sich aus dem geänderten Sanierungskonzept der Fa. Swietelsky-Faber bezgl. Kanalisierung der Zustandsklassen 0 und 1 in geschlossener Bauweise ergebenden Mehrkosten in Höhe von rd. 41.000,-- € zu genehmigen.
- f) Beschluss über die Auftragsvergabe für die Genehmigungs- und Ausführungsplanung und die Bauüberwachung für die Deichsanierung im OT Roth, Teilabschnitt Mühle-Lahnbrücke, an das Büro BjörnSEN Beratende Ingenieure GmbH.
- g) Beschluss über die durch Eigenleistung vorzunehmenden Umbaumaßnahmen innerhalb des Feuerwehrgerätehauses Oberweimar.
- h) Beschluss, dem Mobilfunknetzbetreiber mitzuteilen, dass bezügl. eines weiteren Mobilfunkmastes im Bereich Wenkbach/Niederwalgern keine Alternativstandorte vorhanden seien.
- i) Beschluss, das Angebot des Kreisausschusses zur Beteiligung an der europaweiten Stromausschreibung (Ökostrom) für die am 31.12.2008 kündbaren Annahmestellen der Gemeinde Weimar anzunehmen.
- j) Beschluss bezüglich Erlass einer Abrundungssatzung für die Teilfläche Flur 5, Flurstück 24/4, Marburger Straße, OT Wenkbach, für einen Wohnhausneubau.
- k) Beschluss über Ablehnung auf Schaffung von Baurecht für die Flurstücke 21/8 und 31/11 „An der Sonnseite“ im OT Niederwalgern.
- l) Beschluss, Herrn Dipl.Ing. G. Schramm mit der Planung des Ersatzneubaus der Walgerbachbrücke im OT Niederwalgern, Backhausstraße, gemäß seinem Honorar über 4.000,-- €, zuzügl. MWSt., zu beauftragen.
- m) Beschluss über die Schaffung von Bauplanungsrecht in der Gemarkung Nesselbrunn „Die Steinacker“, Flur 9, Flurstück 2, Teilstück mit 4 Parzellen.
- n) Beschluss, dem Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss und der Gemeindevertretung nicht zu empfehlen, für die Bebauung der Grundstücke in der Gemarkung Argenstein, Flur 1, Flurstücke 147/3 bis 147/9, das erforderliche Bauleitplanverfahren einzuleiten.
- o) Beschluss über Zustimmung auf Übernahme des Kostenausgleichs gemäß § 28 HKJGB, hier: Belegung eines Kinderkrippenplatzes im Gebiet der Stadt Marburg.
- p) Beschluss, dem SC Roth/Argenstein zum Bau einer Toilettenanlage auf dem Gelände des Rasensportplatzes im OT Roth einen Zuschuss aus Gemeindemitteln zu gewähren.

- q) Beschluss, für die Auswechslung und Erweiterung der Abwasserleitung in der Wolfshäuser Straße, OT Roth, die Maßnahmen zusammen mit der Ausschreibung zur Wasserleitungsverlegung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke vorzunehmen.
- r) Beschluss, der GMV die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11.3 „Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach“ mit der Streichung der Flächen A3 und A4 als Ausgleichsflächen zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen.
- s) Beschluss, den Auftrag für die TV-Befahrung des Kanalnetzes im OT Allna an die Fa. DBM zum Angebotspreis von 3.945,50 € zu vergeben.
- t) Beschluss, den Auftrag für die Leistungsphasen 1 bis 4 einschl. der Vermessungsarbeiten für die Straßenplanung des Misch- und Gewerbegebietes Wenkbach in Höhe von 19.040,51 € zzgl. der MWSt. dem Büro Kolmer & Fischer zu erteilen.
- u) Beschluss, das Wegerecht für den Weg in der Gemarkung Oberweimar, Flur 7, Flurstück 125, nicht einzuziehen. Der Weg soll im Eigentum der Gemeinde Weimar verbleiben.
- v) Beschluss, die Putzarbeiten am Kindergarten Niederweimar an die Fa. Ludwig Schneider, Marburg, zum Angebotspreis von 3.994,07 € zu erteilen.
- w) Beschluss, den Auftrag für die technische Austrocknung im Kindergarten Niederweimar an die Fa. Ludwig Schneider, Marburg, zum Angebotspreis von 6.000,-- € zu erteilen.

4. Finanzierungsmodell für Straßenbaumaßnahmen

Drucksache: 20/5/2008/06-11

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Reiner Sauer, trug vor, dass Herr Kolmer vom Ingenieurbüro Kolmer u. Fischer das Finanzierungsmodell für Straßenbaumaßnahmen im Ausschuss vorgestellt habe.

Im Ausschuss sei angeregt worden, dass Herr Kolmer eine gegenüberstellende Berechnung nach der herkömmlichen und der Modellberechnung vornehmen solle. In der nächsten Sitzung der beiden Ausschüsse sollen die Berechnungen von Herrn Kolmer vorgestellt und sodann in den Ausschüssen beraten werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

5. Dorferneuerung Allna; hier: Feststellung des Gesamtinvestitionsrahmens durch die Investitionsbank Hessen

Drucksache: 31/14/2008/06-11

Hierzu berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, dass der Ausschuss dem Parlament die Übernahme des vorliegenden Beschlussvorschlages empfehle. Der Sachverhalt sei in der Vorlage dargestellt und der Gesamtinvestitionsrahmen bereits in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 04. März 2008 von dem Amt für ländlichen Raum vorgestellt worden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt den von der Investitionsbank Hessen festgelegten förderfähigen Gesamtinvestitionsrahmen für den Förderschwerpunkt Weimar-Allna in Höhe von 411.000,-- € zuzüglich 2 Optionen für

a) die Umgestaltung der Dorfmitte zu einen Betrag von 150.000,-- € bis 200.000,-- € und

b) die eventuelle Neuanlage eines Natur- und Abenteuerspielplatzes in Höhe von 50.000,-- € zur Kenntnis und beschließt, bis zum Jahre 2015 (Förderzeitraum) ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Beratungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

6. **Straßenverkehrsanlage "Am roten Weg" im OT Niederweimar**

Drucksache: 41/18/2008/2006-2011

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses berichtete von den Beratungen im Ausschuss. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Annahme des vorliegenden Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Variante 01 für die Straßenverkehrsanlage „Am roten Weg“ im OT Niederweimar zu bestimmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. **Änderung des Bebauungsplans Nr. 11.3 'Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach'**

Hier: Herausnahme von Ausgleichsflächen

Drucksache: 60/4/2008/06-11

Auch hier verwies der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Sauer, auf die Beratungen im Ausschuss. Aufgrund einer fehlerhaften Planung bezüglich ausgewiesener Ausgleichsflächen durch das zuständige Ingenieurbüro sei eine Rückforderung von gewährten Fördermitteln durch das Land Hessen nur abzuwenden, wenn der B-Plan im Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach so geändert werde, dass die Ausgleichsflächen A3 und A4 aus dem Geltungsbereich herausgenommen werden.

Insofern habe das Parlament nun die Änderung des B-Planes durchzuführen und zu beschließen.

Herr Siegfried Koch (SPD) führte aus, dass die Gemeinde in jedem Fall das planausführende Ingenieurbüro in Regress nehmen solle bezüglich der durch die Änderung des B-Planes entstehenden Kosten. Zukünftig, so Herr Koch, sollte man in der Gemeindeverwaltung mehr Sorgfalt walten lassen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Änderung des B-Plans Nr. 11.3, "Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach", die Flächen A3 und A4 sollen als Ausgleichsflächen aus dem B-Plan gestrichen werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

- 8. 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 04.1 "Zur Hainbuche" mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes im OT Nesselbrunn**
- Aufstellungsbeschluss § 2 Abs. 1 BauGB
Drucksache: 41/93/2006/2006-2011

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses berichtete, dass eine weitere Änderung des Bebauungsplanes 04.1 „Zur Hainbuche“, OT Nesselbrunn, notwendig werde, da entsprechende Bauvorhaben geplant seien. Kosten entstünden der Gemeinde nicht; sie werden von den Zweckveranlassern getragen. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Annahme des vorliegenden Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 04.1 „Zur Hainbuche“ mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes.

Beratungsergebnis: Einstimmig

- 9. Wahl von Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen;**
hier: Aufstellung der Vorschlagslisten durch die Gemeindevertretung
Drucksache: 31/15/2008/06-11

Den Sitzungsraum verließen die Mitglieder Hans-Heinrich Schmidt und Siegfried Koch.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verwies auf die der Einladung beigefügte Vorlage und auf eine als Tischvorlage vorliegende Ergänzungsvorlage, wonach 2 weitere Interessenten für die Wahl von Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen in die Vorschlagsliste aufzunehmen seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass das Parlament 2 Möglichkeiten habe: Zum einen könne die gesamte Bewerberliste dem Amtsgericht vorgeschlagen werden oder, und hierfür seien Stimmzettel vorbereitet, könne das Parlament anhand der Vorschlagsliste Kandidaten/Kandidatinnen auswählen.

Die Mitglieder des Parlamentes entschieden sich für die Vorlage aller Bewerberinnen/Bewerber der Vorschlagsliste.

Beschluss:

Für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2013, die vom Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Marburg vorzunehmen ist, benennt die Gemeindevertretung zur Aufnahme in die Vorschlagsliste folgende Personen:

Helmut Walter, Oberweimar – Lisa Huber, Argenstein – Rita Rohrbach, Allna – Hans-Heinrich Schmidt, Wenkbach – Heinz Weber, Niederweimar – Christiane Koch, Roth – Helmut Wenz, Niederweimar

Beratungsergebnis: Einstimmig

- 10. Prüfantrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Bürgerbusses**
Drucksache: 11/13/2008/06-11

Herr Werner Knobloch (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:
Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar möge folgenden Beschluss fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, ob die Einrichtung eines Bürgerbusses für die Gemeinde Weimar als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr möglich ist, um dadurch die Mobilität von Senioren, Jugendlichen und Kindern zu verbessern.

Begründung:

„Die Bürgerinnen und Bürger – gerade der kleineren Ortsteile – verlieren mehr und mehr Infrastruktur u.a. auch für die notwendige Abdeckung ihrer Grundversorgung. Ärzte, Apotheker, Banken, Postfilialen und die Lebensmittelversorgung sind nur noch, wenn überhaupt, in den großen Ortsteilen wie Niederweimar und Niederwalgern vorhanden.

Dadurch sind unsere Bürgerinnen und Bürger immer stärker auf öffentliche oder private Verkehrsmittel angewiesen. Die RMV kann diesen wachsenden Mobilitätsbedarf leider nicht zufriedenstellend abdecken und ein immer größer werdender Anteil, gerade an älteren Menschen, hat keine eigenen Möglichkeiten mehr, in die großen Ortsteile zu fahren.

Die Organisation zur Schaffung eines Bürgerbusses könnte diesen Mangel an Mobilität wesentlich beeinflussen. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung wäre das ein zukunftsorientierter Schritt, um z.B. die Abwanderung aus den kleineren Ortsteilen zu verhindern.

Bei dieser Prüfung sollten alle sozialen, kirchlichen und gewerblichen Einrichtungen mit zu Rate und Unterstützung herangezogen werden.

Durch die Zusammenarbeit, z. B. des Einzelhandels, Gewerbevereins, des Seniorenrates und der Initiative „Bürger helfen Bürger“ in Niederwalgern u.v.m., könnte sicherlich sehr schnell eine praktikable und finanzierbare Lösung für die Einführung eines Bürgerbusses gefunden werden.

Diese Entscheidung wäre ein weiterer Schritt und eine Chance, die Zukunft Weimars aktiv zu gestalten.“

Von allen Fraktionen wurde das in dem Antrag aufgegriffene Problem gesehen. Es wurde vorgeschlagen, auch die Ortsbeiräte in die Beratungen mit einzubinden. Darüber hinaus sollte natürlich auch geprüft werden, ob eine Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen möglich sei, denn nicht nur die Mobilität innerhalb der Gemeinde stelle ein Problem dar und sei unbefriedigend gelöst, sicherlich bestehe auch der Bedarf nach Verbindungen in benachbarte Kommunen.

Da bei der Lösung des Problems natürlich auch die Finanzierung eine bedeutende Rolle spiele, einigten sich die Mitglieder des Parlamentes darauf, den Gemeindevorstand zu beauftragen zu prüfen, ob die Einrichtung eines Bürgerbusses als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr möglich sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand zu beauftragen zu prüfen, ob die Einrichtung eines Bürgerbusses für die Gemeinde Weimar als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr möglich ist, um dadurch die Mobilität der Senioren, Jugendlichen und Kinder zu verbessern

Beratungsergebnis: Einstimmig

11. Antrag der SPD-Fraktion bezüglich des Anbaues gentechnisch veränderter Pflanzen

Drucksache: 11/11/2008/06-11

Frau Knobloch (SPD) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor:
Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Gemeindevertretung Weimar unterstützt die Aktivitäten der Bürgerinitiative zur Verhinderung des Anbaues gentechnisch veränderter Pflanzen auf Flächen des Versuchsgutes der Universität Gießen in Rauschholzhausen.
2. Die Gemeindevertretung Weimar ruft die Universität Gießen auf, von Tests mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf den Versuchsfeldern bei Rauschholzhausen dauerhaft abzusehen.
3. Die Gemeindevertretung Weimar wendet sich an alle auf ihrer Fläche wirtschaftenden Landwirte und an die Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen in der Gemarkung Weimar mit dem Ziel, sich an der Einrichtung einer freiwillig vereinbarten „gentechnikfreien Region“ zu beteiligen.
4. Die Gemeindevertretung Weimar fordert den Gemeindevorstand auf, dass bei gemeindeeigenen, landwirtschaftlich genutzten Flächen sich die Gemeinde dazu verpflichtet, beim Abschluss oder der Änderung von Pachtverträgen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu untersagen.

Begründung:

Unsere Region stellt eine feingliedrige intakte Landwirtschaftsstruktur dar, die in den bestehenden Betrieben mit aus heutiger Sicht kleinen, durchschnittlichen Betriebsgrößen, bestimmte Nischenmärkte nutzt, um zukunftsfähig zu bleiben. Dazu gehört der positive Ruf der hochwertigen, regional erzeugten Landwirtschaftsprodukte; ein Ruf, von dem auch das Versuchsgut der Universität Gießen profitiert. Ökologisch betriebener Landbau wird durch die Anwendung grüner Gentechnik in der Gemeinde kaum mehr möglich.

Herr Hans J. Heuser (FBW) erklärte, dass er sich als Landwirt und auch für seine Fraktion gegen die Gentechnik ausspreche. Es gebe hier eine ganze Reihe ungeklärter und nicht vorhersehbarer Dinge. Allerdings sollte in jedem Fall die Forschung und Lehre die Möglichkeit haben, auf diesem Gebiet die Entwicklung weiter voranzutreiben, denn es sei seiner Meinung nach in jedem Fall besser, wenn für eine ordentliche und seriöse Forschung Raum bliebe. Ansonsten laufe man Gefahr, dass die Saatgutfirmen unkontrollierte Anbauten vornähmen.

Seine Fraktion schlage vor, die Punkte 2 und 4 der Anfrage zu unterstützen und 1 und 3 herauszunehmen.

Stephan Wenz (SPD) bekräftigte noch einmal, dass es Sinn mache, über alle 4 Punkte gleichzeitig abzustimmen, wobei Herr Ahrens (Bündnis 90/die Grünen) vorschlug, den Antrag an den Umweltausschuss zu überweisen, dort einen Experten referieren zu lassen, um sich danach eine fundierte Meinung bilden zu können.

Herr Kisslinger (CDU) hatte ebenfalls seine Zweifel daran, dass die Parlamentarier dieses vielschichtige Thema bewerten können ohne fachliche Informationen, so dass seiner Fraktion eine Überweisung an den Ausschuss sinnvoll erscheine.

Auch Herr Fischer (FDP) sah hier ebenfalls einen heiklen Themenbereich und forderte auf, in jedem Fall die Zweifel ernst zu nehmen und die Möglichkeit zur Zukunftsforschung zu unterstützen.

Herr Winfried Laucht (FBW) sprach den Punkt 2 an und meinte, es sei nicht sehr sinnvoll, nur die Versuchsfelder in Rauischholzhausen von Tests auszunehmen, worauf Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte, dass nur die Flächen in Rauischholzhausen für Forschungszwecke vorgesehen seien, die anderen Felder in Hessen lägen brach.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ sodann über den weitergehenden Antrag auf Überweisung in den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss abstimmen:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss zu überweisen und für diese Sitzung einen kompetenten Referenten einzuladen.

Beratungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung sprach den Ausschussvorsitzenden, Herrn Sauer, an und bat, einen kompetenten Referenten einzuladen. Herr Potthoff (SPD) empfahl, die Ausschusssitzung mit diesem komplizierten Thema baldmöglichst einzuberufen

12. Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Leerstandsregisters und eines Fachbeirates zur Abschwächung der Auswirkungen des demografischen Wandels

Drucksache: 11/12/2008/06-11

Siegfried Koch (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) möge folgenden Beschluss fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, dem Leerstand von Häusern und ungenutzten Nebengebäuden, insbesondere in den alten Ortskernen aller Ortsteile, entgegenzuwirken.

Dazu soll eine Bestandsaufnahme der Gebäude analog der Erfassung in der Dorferneuerung Allna mit Leerstand, möglichem Leerstand, Nutzung und Bauzustand erfolgen. (Leerstandsregister)

Der Gemeindevorstand wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, sich mit ortsansässigen Fachleuten in Verbindung zu setzen zwecks Einrichtung eines Fachbeirates, der Interessenten (bezüglich Sanierung, An- und Verkauf) in baulicher, rechtlicher, denkmalschützerischer und finanzieller Hinsicht unterstützt.

Begründung:

Die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung sagen für die kommenden Jahre einen Rückgang der Einwohnerzahlen voraus. Besonders betroffen dürften die alten Ortskerne und die Siedlungsgebiete der 50er und 60er Jahre sein. Die Bevölkerungsentwicklungsprognose der Bertelsmann-Stiftung sagt für Weimar eine Abnahme der Bevölkerung von derzeit 7.000 auf etwa 6.500 Einwohner im Jahr 2020 voraus. Diese Abnahme kann durch die Besiedlung der

Neubaugelbiete zwar gemildert, aber nicht aufgehoben werden. Dies ändert auch nichts an der Tatsache, dass jetzt bewohnte Häuser und landwirtschaftlich genutzte Nebengebäude nicht mehr genutzt werden.

Dieser Entwicklung ist neben der Besiedlung der Neubaugelbiete Aufmerksamkeit zu schenken und politisch entgegenzusteuern.

Die Unterstützung des Verkaufs von Immobilien durch den oben benannten Fachbeirat könnte auch zur Belegung der alten Ortskerne beitragen.

Ein solcher Fachbeirat könnte im Zusammenhang mit der Nutzung oder Umnutzung alter Gebäude Fördermöglichkeiten aufzeigen sowie sonstige Hilfen und Beratungen gewährleisten.

Herr Hans J. Heuser (FBW) erklärte, dass es in der Gemeinde Ebsdorfergrund bereits ein entsprechendes Register gebe. Sicherlich könnte man von dieser Ausarbeitung partizipieren.

Hilmar Stahl (CDU) erklärte für seine Fraktion, dass es nach deren Dafürhalten derzeit keinen aktuellen Anlass für diese Erhebung gebe. Die Eigentümer sollten selbst darüber entscheiden können, ob ihre Gebäude in ein solches Verzeichnis aufgenommen werden. Es müsse ersichtlich sein, wofür dieses Register benötigt werde. Der Vorschlag seiner Fraktion sei daher, den Antrag zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss zu überweisen.

Gegen eine Überweisung sprachen sich Herr Heuser von der FBW, Herr Potthoff und Herr Wenz von der SPD aus.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ein sogenanntes Leerstandsregister Aufschlüsse darüber geben solle, welche Gebäude künftig nicht mehr gemäß ihrer ursprünglichen Bestimmung genutzt werden und dadurch ein evtl. Verfall drohe. Das Register bilde die Grundlage, hier entgegenzuwirken. Die Gebäude könnten zu Wohnzwecken genutzt werden, so dass weiterhin die Möglichkeit des Wohnens für mehrere Generationen auf den Anwesen möglich sei. So sei die Erstellung dieses Leerstandsregisters ein erster Schritt .

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ zunächst über den Antrag auf Überweisung an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss abstimmen. Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag auf Überweisung in den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss abgelehnt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, dem Leerstand von Häusern und ungenutzten Nebengebäuden, insbesondere in den alten Ortskernen aller Ortsteile, entgegenzuwirken.

Dazu soll eine Bestandsaufnahme der Gebäude analog der Erfassung in der Dorferneuerung Allna mit Leerstand, möglichem Leerstand, Nutzung und Bauzustand erfolgen. (Leerstandsregister)

Der Gemeindevorstand wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, sich mit ortsansässigen Fachleuten in Verbindung zu setzen zwecks Einrichtung eines Fachbeirates, der Interessenten (bezüglich Sanierung, An- und Verkauf) in baulicher, rechtlicher, denkmalschützerischer und finanzieller Hinsicht unterstützt.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen

13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung für ein kommunales Netzwerk für ältere und alte Menschen

Drucksache: 10/12/2008/06-11

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor: Wir beantragen, die Gemeindevertretung möge beschließen: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, für den Bereich der Gemeinde Weimar (Lahn) ein Konzept für ein kommunales Netzwerk zu schaffen, welches älteren und alten Menschen ermöglicht, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung und mit einem hohen Grad an Selbstbestimmung leben zu können.

Begründung:

Entwicklungsprognosen besagen, dass in den nächsten 3 bis 4 Jahrzehnten die Zahl der über 60-Jährigen sehr stark zunehmen wird. Diese Entwicklung macht gezielte Anstrengungen der Gemeinde für eine Altenpolitik nötig, denn zur Familienfreundlichkeit gehört auch dieses Thema. Wir benötigen daher u.E. eine Bestandsaufnahme in Bezug auf Beratung, Wohnsituation, Pflege und allen Hilfsmöglichkeiten (Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, Hospiz). Dabei ist die zu erwartende Zahl älterer Menschen auch in Bezug auf die Besonderheiten des ländlichen Raumes zu berücksichtigen. Eine kommunale Leitstelle „Älter werden“ wäre mit klaren Zuständigkeiten und personeller Zuordnung Anlaufstelle für Betroffene. Die Erfahrungen und Empfehlungen der Stabstelle „Altenhilfe“ beim Kreis sollte hierzu selbstverständlich genutzt werden.'

Das Ergebnis muss die Gewährleistung einer leistungsfähigen, gegliederten, ortsnahen und aufeinander abgestimmten ambulanten und stationären Versorgung sowie ein entsprechendes Beratungsangebot, auch unter Hinzuziehung ehrenamtlicher Unterstützungsformen, sein. Die Gemeinde hat schlussendlich die Daseinsfürsorge, wie im Art. 28 GG verankert, das heißt, eine höchstgesetzliche Verpflichtung hierzu.

Frau Schneider bat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

14. Anfragen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärte, dass schriftliche Anfragen nicht vorlägen.

Mündliche Anfragen:

1. Herr Siegfried Koch (SPD):

Wie weit ist der Stand der Planungen für die Sanierung der Deiche in den Ortsteilen Roth und Argenstein?

Seine weitere Frage bezog sich auf die Pflege der Deiche.

Bürgermeister Muth antwortete, dass der Gemeindevorstand Kostenvorschläge für die Erfassung, Bewertung und Sanierung der Deiche

durch ein Ingenieurbüro einhole. Für diese Planung sei ein Betrag von ca. 200.000,-- € vorgesehen. Es werde geprüft, welche Alternativen es hierzu gebe.

Es müsse ebenso geprüft werden, welche Finanzierungsmöglichkeiten für die Maßnahme bestehen. Derzeit sei die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Deichsanierung“ vorgesehen.

In diesem Gesamtkonzept seien auch Einzelheiten wie die Anlegung und Führung eines Deichbuches beinhaltet. Das Vorhandensein dieses Deichbuches und der ordentliche Zustand der Deiche sei Voraussetzung für eine Übernahme und Pflege durch den Lahn-Ohm-Verband.

Auch der gemeindliche Bauhof werde eingebunden werden müssen, soweit das personell möglich sei.

Herr Happel (CDU) fragte, ob nun zur Stabilisierung des Deiches dieser mit zu befestigender Erde verfüllt werde, welches ja seinerzeit sein Vorschlag vor 1 Jahr war.

Bürgermeister Muth antwortete, dass 230.000,-- € für 70 m Deichsanierung eine sehr hohe Summe sei, jedoch wolle er nicht die Verantwortung für eine unsachgemäße Herstellung der Deiche übernehmen. Das Auffüllen mit Erde sei nur eine vorübergehende und nicht endgültige Maßnahme.

2. Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) erkundigte sich nach dem Stand des Verkaufes der Grundstücke im Neubaugebiet Niederwalgern.

Bürgermeister Muth antwortete, dass bisher nur 9 Grundstücke verkauft seien, insgesamt seien Interessenten für 13 bzw. 14 Grundstücke vorhanden.

3. Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, ob es in der Angelegenheiten der Gleitschirmflugschule zwischen Argenstein und Niederweimar neuere Erkenntnisse gebe.

Bürgermeister Muth antwortete, dass ihm bekannt sei, dass ein Grundstückseigentümer, der ursprünglich sein Grundstück als Startfläche zur Verfügung stellen wollte, diese Zusage zurückgenommen habe. Weitere Erkenntnisse lägen derzeit nicht vor.

4. Herr Kurt Barth (SPD) wies darauf hin, dass es bei den letzten Starkregenfällen im Toilettenbereich des Bürgerhauses Wenkbach zu Rückstauüberschwemmungen gekommen sei. Hier sollte mit dem Einbau eines Rückschlagventiles Abhilfe geschaffen werden.

Bürgermeister Muth erklärte, dass trotz erfolgreichen Arbeiten keine befriedigende Lösung herbeigeführt werden konnte. Die Angelegenheit müsse geklärt und dann behoben werden.

15. Verschiedenes

- a) Herr Werner Knobloch (SPD) führte aus, dass das Parlament im Dezember 2006 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe 2020 beschlossen habe. Es hätten zu Beginn 2 recht erfolgversprechende Sitzungen stattgefunden, die gut besucht wurden. Dann habe es Ausfälle bei den Teilnehmenden gegeben, schließlich sei die Angelegenheit eingeschlafen. Er schlug vor, nach der Sommerpause einen neuen Anlauf zu nehmen und dieses wichtige Thema erneut aufzugreifen.

- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, berichtete von der Übergabe des Feuerwehrautos in Polen und darüber, mit welcher Herzlichkeit und Dankbarkeit man sie aufgenommen habe und das Geschenk angenommen wurde.
- c) Bekanntgabe von Terminen des Vorsitzenden:
- 14.06.2008 Beginn der Veranstaltung Mittelhess. Kinderrkultursommer
 - 21./22.07.2008 40-jähriges Bestehen Feuerwehr Roth
 - Nächste Sitzungsrunde:
18.08.2008 Ausschuss f. Soziales, Jugend, Familie u. Sport,
19.08.2008 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss,
20.08.2008 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,
28.08.2008 Gemeindevertretung.
- d) Bürgermeister Muth dankte dem ausgeschiedenen Gemeindevorstandsmitglied Rainer Tägl für seine langjährige engagierte und kollegiale Mitarbeit im Gemeindevorstand. Er habe dieses Amt aus beruflichen Gründen niedergelegt.

Ende der Sitzung: 21.50 Uhr.

Der Vorsitzende:

Im Original unterschrieben
(Heijo Hoß)

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben
(Rita Rohrbach)